



Bild: Daniel Schwendener

Gestern tauschten die Verantwortlichen nun öffentlich ihre Erfahrungen aus und zogen eine Zwischenbilanz. Gerwin Frick (Lenum AG), der Grabser Gemeindepräsident Rudolf Lippuner, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Bürgermeister Ewald Ospelt, Jürg Senn (Energiefachstelle) und Martin Lenherr (Gemeinderat Balzers) (v. l.).

## «Im Hause muss beginnen ...

... was leuchten soll im Vaterland.» Dieses Zitat von Jeremias Gotthelf steht passend dafür, was die elf Gemeinden des Landes energie- und klimapolitisch erreicht haben. Liechtenstein ist das erste Energieland der Welt.

DESIRÉE VOGT

**VADUZ.** Wer hats erfunden? Richtig: Die Schweiz. Und das Konzept der Energiestadt hat sich zum echten Exportschlager entwickelt – heute beteiligen sich am daraus entstandenen European Energy Award 21 europäische Länder. Doch ihnen allen hat Liechtenstein trotzdem einen Vorsprung: Es ist das erste Land, in dem alle Gemeinden das Label erhalten haben und somit das erste «Energie-Land» weltweit.

Gestern luden nun die Energiefachstelle des Amtes für Volkswirtschaft und die Gemeinde Vaduz in das Kellertheater des Vaduzer Saals, um eine Zwischenbilanz zu ziehen. Zahlreiche Referenten beantworteten wichtigen Fragen rund um die Energie. Die wichtigste Frage: Lohnt sich das Engagement? Die Antwort: Absolut.

### Halbzeit auf Landesebene

Triesen war 2004 die erste Gemeinde, die in Liechtenstein das Label erhalten hat. Im Jahre 2012 zogen dann auch die letzten Gemeinden nach. Und so waren gestern viele Energiespezialisten

gekommen, um zu sehen und hören, wo die Gemeinden heute bezüglich Energie- und Klimapolitik stehen. Darunter natürlich auch Vertreter der Gemeinden selbst, die ein grosses Lob von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer erhielten. Er würdigte ihr Engagement. «Sie haben mit viel Innovationsgeist und kreativen Massnahmen zu diesem Label verholfen», so Zwiefelhofer. Das Jahr 2016 sei auch insofern besonders, weil die Energiestrategie 2020 Halbzeit «feiere». Doch wurde auch mindestens schon die Hälfte umgesetzt? Zwiefelhofer konnte einige positive Beispiele aufzeigen. So zum Beispiel, dass heute 4000 von 15 000 Haushalten mit Sonnenenergie versorgt werden. Liechtenstein ist also auch in Sachen Photovoltaik Weltmeister. «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland», zitierte Zwiefelhofer dazu passend Jeremias Gotthelf und ist überzeugt, dass dieses Ergebnis auf die gute Zusammenarbeit von Land und Gemeinden zurückzuführen ist.

Dennoch liege noch viel Arbeit vor der Regierung, um die

Ziele der Energiestrategie 2020 zu erreichen. Als Beispiel nannte er Einsparpotenziale in der Industrie, denen man sich noch intensiv widmen müsse. «Um alle Ziele zu erreichen, braucht es Kondition und Durchhaltevermögen», weiss er.

### Individuell agieren

Dass noch viel Arbeit vor den Energieexperten liegt, bestätigte auch Jürg Senn von der Energiefachstelle. Vor allem das Ziel, den Anteil der erneuerbaren, einheimischen Energieträger auf 20 Prozent des gesamten Energiebedarfs zu erhöhen, stelle eine grosse Herausforderung dar. Heute liege der Anteil bei rund 10 Prozent. Herausgefordert sind Land und Gemeinden zudem künftig, das «Werkzeug Energiestadt» noch besser für den Alltag zu nutzen, Synergiepotenzial auszuschöpfen, einen ökonomischen Mehrwert zu generieren und «die Ziele zu erreichen und gleichzeitig die Lebenszykluskosten zu senken».

Das war denn auch das Stichwort für Gerwin Frick von der Lenum AG, der auf die Harmonisierungsmöglichkeiten und das

Synergiepotenzial der Gemeinden einging. Aber ganz klar auch die Nachteile aufzeigte. Was die Rolle des Landes betrifft, so machte Frick deutlich, dass die «Energiestadt» grundsätzlich ein Programm für die Gemeinden darstelle. Allerdings gebe es durchaus einige Massnahmen, die auch in der Landesverwaltung Anwendung finden könnten. Betreffend die Gemeinden ist Gerwin Frick überzeugt, dass der derzeitige Weg der richtige für Liechtenstein ist: Nur in Teilbereichen regional zusammenarbeiten, aber bei speziellen Bereichen individuell agieren. Denn Gemeindeverbände bergen die Gefahr, dass alle Gemeinden das Gleiche tun und umsetzen müssen. Abgesehen davon, dass nicht jede Gemeinde mit denselben Problemen zu kämpfen habe, bestehe hier auch die Gefahr, dass Aktivitäten totgeredet würden.

### «Lieber Balzers als Peking»

Dass sich die Massnahmen der Energiestadt nicht nur energie- und klimapolitisch auszahlen, sondern auch finanziell, zeigte schliesslich der Balzner

Gemeinderat und Ressortverantwortliche Martin Lenherr mittels einer Kosten-Nutzen-Analyse auf. Die Massnahmen hätten hohe jährliche Einsparungen gebracht. Balzers lässt sich dies jährlich rund 27 000 Franken kosten – spart dafür aber 100 000 Franken ein. «Es lohnt sich also», so Lenherr.

Als letzter Redner des Abends trat der Grabser Gemeindepräsident Rudolf Lippuner an das Rednerpult. «Seine Gemeinde» zählt 7040 Einwohner und 2900 Haushaltungen sowie 3000 Arbeitsplätze und wurde vor vier Jahren sogar mit dem «Gold»-Label ausgezeichnet. Das bedeutet, dass Grabs nicht nur 50, sondern mindestens 75 Prozent der möglichen Massnahmen umgesetzt hat. Sei ihm einst die Auszeichnung selbst weniger wichtig gewesen als die Umsetzung an und für sich, so sieht er dies heute durchaus anders. «Das Label Energiestadt ist ein Image-träger», weiss er. Und trotz der «Goldmedaille» hat sich Grabs weitere hohe Ziele gesteckt: «Grabs wird eine 2000-Watt-Gesellschaft. Und ist bis 2050 energieautark.»

## Initiative erfüllt Voraussetzungen

**VADUZ.** Die Regierung erklärt die sogenannte einfache Initiative der Freien Liste von erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien für zulässig und leitet das Begehren dem Landtag weiter. Nach der Prüfung durch den Landtag kann die Freie Liste mit der Unterschriftensammlung beginnen. Für das Zustandekommen des Volksbegehrens müssen innert sechs Wochen 1000 Unterschriften gesammelt werden. Wie die Regierung gestern mitteilte, wurde die angemeldete Initiative auf Vereinbarkeit mit der Verfassung und den geltenden Staatsverträgen überprüft. Die Exekutive kam im Bericht an das Parlament zum Schluss, dass das Initiativbegehren die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und zur Unterschriftensammlung zugelassen werden kann. Ist die Unterschriftensammlung erfolgreich, könnte sich der Landtag bereits im September mit der Initiative befassen. Doch im Gegensatz zur formulierten Initiative kommt die einfache Initiative nicht automatisch vor das Volk, falls sich der Landtag gegen das Begehren entscheidet – ausser er selbst beschliesst eine Volksabstimmung. Die Freie Liste könnte einen schweren Stand haben, denn die anderen Parteien haben sich bereits kritisch gegenüber erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien geäussert. (sda/red.)

## Tschütscher wird Delegierter der Unicef

**ZÜRICH.** Am 21. April wurde Klaus Tschütscher, ehemaliger Regierungschef und Finanzminister Liechtensteins, vom nationalen Komitee für Unicef in der Schweiz zum neuen Delegierten und Präsidenten der Finanzkommission gewählt. Damit ist Klaus Tschütscher auch Mitglied des Vorstands.

### Kenner Liechtensteins

Klaus Tschütscher war von 2005 bis 2013 Mitglied der liechtensteinischen Regierung, zuletzt als Regierungschef und Finanzminister, wo er auch für die Themen Familie und Chancengleichheit zuständig war. Klaus Tschütscher ist Familienvater von drei Kindern. Er ist ein profunder Kenner Liechtensteins, dessen Bewohner Unicef immer wieder mit viel Engagement unterstützen. Das nationale Komitee für Unicef in der Schweiz freut sich daher besonders, mit Klaus Tschütscher die enge Zusammenarbeit mit Liechtenstein noch zu verstärken und gleichzeitig einen versierten Finanzkenner für die ehrenamtliche Tätigkeit als Präsident der Finanzkommission gewinnen zu können.

### Idealer Kandidat

Die Delegierten sehen Klaus Tschütscher daher als idealen Kandidaten, um sich massgeblich für die Politik zugunsten von Kindern einzusetzen und zum künftigen Erfolg des nationalen Komitees für Unicef in der Schweiz beizutragen. (pd)



Bild: Archiv/Elma Korac

Klaus Tschütscher wird Delegierter der Unicef Schweiz.

## POLIZEIMELDUNG

### Einbruchdiebstahl

**BENDERN.** In der Nacht auf Donnerstag wurde in die Kläranlage Bendern eingebrochen und Bargeld gestohlen. Eine unbekannte Täterschaft brach eine Metalltür zum Areal auf und verschaffte sich anschliessend Zutritt in das Hauptgebäude. Dort wurden zahlreiche Behältnisse aufgebrochen und Bargeld entwendet. Die Täterschaft entfernte sich wieder über den Einstiegsort. Es entstanden ein Vermögensschaden von mehreren Hundert Franken sowie ein Sachschaden von mehreren Tausend Franken. (lpfl)

## Liechtensteiner Brandschutzgesetz soll modernisiert werden

**VADUZ.** Die Regierung hat anlässlich ihrer Sitzung am 19. April eine Modernisierung des Brandschutzgesetzes angestossen. Hierzu hat die Regierung ein Basiskonzept beschlossen, welches das übergeordnete Ziel verfolgt, ein Höchstmass an Sicherheit mit einem Minimum an Aufwendungen zu erreichen.

Die geplante Totalrevision soll in erster Linie zu Entlastungen der Bauherren, Haus- und Wohnungsbesitzer sowie Gemeinden führen. Es ist geplant, Eigenheimen von der feuerpolizeilichen Bewilligungspflicht auszunehmen. Dies in Anlehnung an das kürzlich revidierte Baugesetz, womit solche Objekte auch keiner Bauabnahme mehr bedürfen. Weiters sieht das Basiskonzept des Ministeriums für Infrastruktur und Umwelt sowie



Bild: Archiv/Daniel Schwendener

Marlies Amann-Marxer, Ministerin für Infrastruktur, Umwelt und Sport, befürwortet die Modernisierung des Brandschutzgesetzes.

Sport zur Deregulierung des Brandschutzes vor, dass nur noch öffentlich- und fremdgenutzte Bauten wie Schulen, Restaurants usw. von der periodischen Kontrollpflicht erfasst

werden. Zudem ist eine Ausdehnung der Kontrollintervalle durch eine risikobasierte Regelung nach Gebäudekategorien angedacht.

«Das Brandschutzgesetz von 1975 ist teilweise veraltet und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen», begründet Marlies Amann-Marxer den Vorstoss. «Die geplante Regelung der Kontrollpflicht in Abhängigkeit der sachbezogenen Gefahren und Risiken nach dem Grundsatz der Eigenverantwortung entspricht einer modernen Gesetzgebung.»

Das Ministerium für Infrastruktur und Umwelt sowie Sport wird im Dialog mit allen vom Brandschutz betroffenen Stellen bis im Oktober dieses Jahres einen Vernehmlassungsbericht ausarbeiten. (ikr)